

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und Fraktion (SPD)

Richter auf Probe am Amtsgericht Lichtenfels mit möglicherweise rechtsextremistischen Hintergrund

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen unverzüglich über die Umstände der Einstellung eines am Amtsgericht Lichtenfels tätigen Richters auf Probe, der vom brandenburgischen Innenministerium als Rechtsextremist eingeschätzt wird, zu berichten und hierbei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wann hat das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz von wem Kenntnis über den Umzug des Betreffenden nach Bayern erhalten und sein Vorleben in der rechtsextremistischen Szene Brandenburgs erhalten?
2. Wird der Betreffende seit seiner Wohnsitznahme in Bayern vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet und falls ja, welche Erkenntnisse sind hierbei gewonnen worden?
3. Hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen darüber, dass sich der Betreffende für den Justizdienst in Bayern beworben hat bzw. im bayerischen Justizdienst tätig ist und falls ja, seit wann?
4. Hat das Landesamt für Verfassungsschutz das bayerische Staatsministerium der Justiz über seine eventuellen Erkenntnisse über den Betreffenden informiert und falls ja, wann und falls nein, weshalb nicht?
5. War der Betreffende bereits als Rechtsreferendar im bayerischen Justizdienst tätig, wann ist er als Richter auf Probe eingestellt worden, wann ist er von wem vereidigt worden und welche Tätigkeiten hat er bisher am AG Lichtenfels ausgeübt?
6. Wann haben das Staatsministerium der Justiz, das OLG Bamberg und/oder das AG Lichtenfels von welcher Stelle welche Informationen über den Verdacht eines rechtsextremistischen Hintergrundes des Betreffenden erhalten?

7. Befanden sich in der Personalakte des Betroffenen Hinweise über rechtsextremistische Aktivitäten während der Referendarzeit und über Vorstrafen und welche Angaben hat er in dem Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue und in dem Einstellungsgespräch gemacht?

8. Welche Maßnahmen hat das Staatsministerium der Justiz ergriffen, um die Vorwürfe gegen den Betroffenen aufzuklären?

9. Was unternimmt das Staatsministerium der Justiz, falls sich die Vorwürfe gegen den Betroffenen bestätigen sollten, um seine Tätigkeit in der bayerischen Justiz so schnell als möglich zu beenden?

Begründung:

Laut Pressemitteilungen ist am Amtsgericht Lichtenfels seit knapp einem Jahr ein Richter auf Probe tätig, dem vom Innenministerium des Landes Brandenburg vorgeworfen wird, in einem rechtsextremistischen Netzwerk in Südbrandenburg eingebunden gewesen und "Frontmann" der rechtsextremen Band "Hassgesang" gewesen zu sein, die mit dem Neonazi-Netzwerk "Spreelichter" kooperiert haben soll.

Der Verfassungsschutz Brandenburgs soll das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz am 26.02.2014 darüber informiert haben, dass der Betroffene nach Oberfranken umgezogen ist. Es ist zu klären, welche Kenntnisse das BayLfV über den Betroffenen hatte und ob, wann und wie das Staatsministerium der Justiz über den Vorgang informiert worden ist.

Da im bayerischen Justizdienst kein Platz für Rechtsextremisten sein kann, muss der Betroffene, falls sich die Vorwürfe bestätigen, unverzüglich aus dem Justizdienst entlassen werden.